

gesetzliche Regelung gefordert und bereits vor drei Jahren einen Entwurf ausgearbeitet, wonach das Reich die Versorgung der Rentner durch Zahlung einer Rente übernehmen sollte. In der jüngsten Entwicklungphase der Sache erscheint es angebracht, an die Begründung zu erinnern, die leinergelt der Rentnerbund seinem Gesetzentwurf beigelegt. Es steht darin, daß das Reich an der Rente der Rentner schuld sei; es hätte bei den Reparationsverhandlungen die Geltendmachung seiner inneren Verpflichtungen unterlassen und dadurch seine Reparationslasten um einen Betrag gelegert, den es andernfalls zur Erfriedigung seiner inneren Schulden hätte verwenden können. Das Reich trage auf Grund seiner Finanzpolitik unbedingt die Verantwortung für den Verlust an Rentenkapital und dürfe diese Verantwortung nicht auf die Länder und Gemeinden abwälzen.

Der Entwurf des Rentnerbundes gelangte aber nicht bis an den Reichstag. Der jüngste Entwurf, der sich an den des Rentnerbundes vielfach anlehnt, legt den Begriff des Kleinrentners dahin fest, daß als solcher zu gelten hat, wer in der Zeit vom 31. Dezember 1913 bis ebendahin 1918 im Besitz eines jährlichen regelmäßigen Renteneinkommens von mindestens 500 Mark oder eines Kapitals von mindestens 10.000 Mark gewesen ist, das ohne Eintritt der Geldentwertung als Grundlage einer Altersversorgung geltend hätte. Der Rentner hat einen in Rente sowie Kranken- und Sterbegehalt behandelten Rechtsanspruch auf Versorgung, über den besonders bei den Bezirksoffiziersgesellen zu errichtende Rentenversorgungsanstaltshäuser zu entscheiden haben. Der Rentenanspruch der zwischen 510 bis 720 Mark fällig liegt, ist dann begründet, wenn das jährliche Einkommen des Rentners geringer ist, als der Betrag der Rente, der sich aus den zulässigen Bestimmungen ergibt. Für Ehegatten ist eine Zusatzrente von 50 Prozent und für Kinder eine solche von 25 Prozent in Aussicht genommen. Nach einer Berechnung des Reichsarbeitsministeriums würde die Regelung der Rentenversorgung auf der Grundlage dieses Entwurfs die Herausnahme von rund 125.000 Kleinrentnern aus der Fürsorge zur

folge haben, so daß noch etwa 215.000 der Fürsorge weiter unterstellt blieben. Es wird daher im Ausschuß die Prüfung auch darauf zu erstreben haben, ob es sich mit der finanziellen Lage irgendwie vereinbaren läßt, noch unter die Grenze von 500 Mark oder 10.000 Mark Kapital hinunterzugehen, um den Kreis der Rentenempfänger zu erweitern. Sicher sind die Aussichten nach dieser Richtung nicht günstig. Schon für die Durchführung des Entwurfs auf der beständigen Grundlage beträchtliche finanzielle Schwierigkeiten bestehen, die um so mehr ins Gewicht fallen, als die deutsche Hinzuvergabe in kürzer Frist die Probe des Novemberberichtes des Generalagenten Parker Gilbert zu bestehen haben wird. Die Kleinrentner dürfen aber überzeugt sein, daß ihre Interessen bei den bürgerlichen Parteien gut verkannt sind und daß alles zu ihren Gunsten getan werden wird, was nur halbwegs im Bereich der Möglichkeit liegt. Auf Seiten der Deutschen Volkspartei ist es vor allem die Abgeordnete Frau Direktor Dr. May, die mit Herzlichkeit und gründlicher Sachkenntnis die Belange der Kleinrentner versieht. Bei den Deutschnationalen tritt auf diesem Gebiet namentlich der Abgeordnete Dr. Quaas in den Vordergrund, der ständig im Ausschuß erklärt, daß das Reich gegenüber den Kleinrentnern eine Schuldverpflichtung habe. Man könne es ruhig aussprechen, daß der Staat den Kleinrentnern ihren Besitz genommen habe; man dürfe sie daher nicht als Almosenempfänger behandeln, sondern man müsse ihnen noch in diesem Winter einen Rechtsanspruch geben, wenn er auch noch so beschwerlich bemessen sei. Der Deutsche Rentnerbund hat den Entwurf im ganzen ausführlich beurteilt, mit der Maßgabe, daß der Rechtsanspruch nur gegen das Reich gerichtet und nicht etwa auf die Länder und Gemeinden abgewälzt werden dürfe; auch das Zentrum stellt sich nicht ablegen. Bei so allseitigem guten Willen kann es nicht fehlen, daß dem heutigen unerfreulichen und ungerechten Zustande auf dem Gebiete der Kleinrentnerversorgung endlich der Garant gemacht und diese Ehrenschuld der Nation ohne weiteren Verzug eingelöst wird.

**Draftsmeldung unserer Berliner Schriftsteller**

Berlin, 6. Dezember. Das Kabinett ist heute nachmittag 4 Uhr zu einer Beratung über die Bevölkerungsfrage zusammengetreten. Um 6 Uhr stand eine neue Beratung der Führer der Regierungsparteien statt. Auf Grund der Verhandlungen, die die Fraktionen der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Deutschnationalen in den Mittagsstunden abgehalten haben, bestätigt es sich, daß das Zentrum seine Vorberatung nach vorläufiger Beschränkung der Auszahlung für die Erhöhung der Gehälter auf 75 Prozent nicht durchgeführt hat. Damgegen haben Deutschnationale und Deutsche Volkspartei sich mit einer vorsichtigen Einschätzung der Pensionäre bis zur Höhe von 12.000 Mk. einig. Die Alterspensionäre erhalten einen Zuschlag von 8 Prozent. Die Wartekindesämter werden in die Gehaltsordnung eingefügt.

Dass die heute erreichte Einigung noch nicht endgültig ist, geht daraus hervor, daß der interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien nochmals für Dienstag vormittag einberufen werden ist.

### Die Antwort des Kanzlers an Braun.

Berlin, 6. Dez. Wie die „Germania“ erklärt, ist das Antwortschreiben des Reichskanzlers an den Ministerpräsidenten Braun wegen des Neudell-Telegrams nunmehr fertiggestellt und an die preußische Regierung abgegangen. Die Veröffentlichung soll noch heute erfolgen.

### Dr. Becker wird gestellt.

Studentenrechtsinterpellation erst Mittwoch.

Berlin, 6. Dez. Die Aussprache zu der Anfrage der Deutschnationalen über die Verordnung des Kultusministers Dr. Becker über die Neuordnung des Studentenrechts an den preußischen Hochschulen, die für Montagnachmittag angezeigt war, ist auf Mittwoch vertagt worden. Der Grund liegt offenbar darin, daß die Aussprache zu dem Niedersachsenprogramm sich unerwartet lange ausgedehnt hat. Da am Dienstag der Antrag der Regierungsparteien zur Landgemeindeordnung beraten wird, soll die Befreiung der Interpellation der Deutschnationalen erst am Mittwoch stattfinden.

### Die Nationalisierung bei der Reichsbahn.

Ein Vortrag des Generaldirektors Dr. Dörpmüller.

(Durch Funkstuhl.)

Berlin, 6. Dez. Im Rahmen des von der Industrie- und Handelskammer zu Berlin in Verbindung mit der Gesellschaft von Freunden der Handelshochschule veranstalteten Vortragszyklus sprach Dr. H. Dörpmüller, Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft, über „Nationalisierung bei der Reichsbahn“. Der Vortragende behandelte einleitend die im reinen Verwaltungsbetrieb durch die Nationalisierung erzielten Erfolge. Der Finanzdienst sei jetzt so organisiert, daß die Hauptverwaltung schon 1½ Tag nach Ablauf des betreffenden Rechnungsjahrs die Einnahmemeldung vorliegen habe. Durch die Gründung der Verkehrs-Kreditbank werde für eine sofortige Vergrößerung des Geldes gesorgt und dem Bedürfnis Rechnung getragen, die Gelder beschleunigt in die Wirtschaft zurückzuführen. Für den inneren Betrieb stelle man

monatlich eine Bilanz

auf, um den Stand der liquiden Mittel zu erkennen. Die Statistik sei soweit ausgebaut, daß eine schnelle Erfassung der Betriebsergebnisse möglich sei. Ein weiterer Ausbau sei vorzimäßige. Im Beschaffungswesen sei es durch anmeldungsgünstige Verteilung der Aufträge möglich, bessere Preise zu erzielen und eine gleichmäßige Beschäftigung der in Frage kommenden Industrien zu erreichen.

Gegenüber der Friedenszeit werden gegenwärtig an Personen 18 Prozent mehr befördert. Auf dem Gebiet der Güterförderung ist die Zahl der geleisteten Tonnen um 4 Prozent gestiegen.

Man hat mit weniger Bürgern eine höhere Leistung erzielt. Der technische Fortschritt auf dem Gebiete des Wagen- und Lokomotivwesens ist größer gewesen, als der Verkehrsraumwuchs. Augenblicklich ist man damit beschäftigt, ein Gütertarifbuch einzuführen, in dem etwa 200 schnellste Güterzugverbindungen zusammengestellt sind. Auf dem Gebiete des Personenverkehrs ist man mit großen Rationalisierungsarbeiten beschäftigt. Grundsätzlich dürfte man mit einer Polstier- und einer Holzklasse auskommen. Die Lokomotiven haben gegen früher eine um 42 Prozent erhöhte Zugkraft, und es ist möglich, heute mit 22.000 gegen 27.000 Lokomotiven früher auszukommen. Die erhöhte Unterhaltskosten der starken Lokomotiven werden durch ihre Vorreile aufgewogen. Die Fahrdrahtlast des gesamten Güterwagenwerts ist gegenüber der Vorkriegszeit von acht auf etwa elf Millionen Tonnen gestiegen, die Ausfuhrung ist sehr gut. Zur Elektrifizierung der Strecken in einzelnen Ländern wies der Redner erneut auf die enormen Kosten hin. (200.000 Mark pro Kilometer.)

### Finnlands Zehn-Jahr-Feier.

Berlin, 6. Dez. Finnland begeht den zehnten Jahrestag der Gewinnung seiner Unabhängigkeit. Die freundlichsten Beziehungen zwischen Deutschland und Finnland datieren zum Teil von dem Zeitpunkt her, an dem deutsche Truppen an der Niederwerfung des bolschewistischen Aufstandes in Finnland mitwirkten. An dem Aufstand waren damals auch Sozialisten beteiligt. Heute hat Finnland eine sozialistische Minderheitsregierung und es ist erklärlich, daß diese ein Interesse daran hat, die Erinnerungen an jene Kämpfe zurücktreten zu lassen. Die Teilnehmer an dem Aufstand sind inzwischen so auch amnestiert worden; die guten Beziehungen zwischen der deutschen und der finnischen Regierung bestehen trotzdem fort.

### In die Fremdenlegion verschleppt.

Annelassen und entführen.

Essen, 6. Dezember. In der Stadt Hattingen erfolgte im dorflichen Stadtwald ein nächtlicher Angriff auf einen jungen Mann, einen Studenten, den Sohn einer angesehenen Familie aus Hattingen. Der Angriffene erlitt eine schwere Schußverletzung am Kopf. Über den Anlaß zur Tat und über den Täter selbst war nichts zu ermitteln. Kurze Zeit darauf verschwand der junge Mann und allezeitlich stellte sich auch das Verschwinden zweier Söhne anderer angesehener Hattinger Familien heraus.

Nunmehr ist Licht in die dunkle Angelegenheit gekommen, und zwar dadurch, daß einer der verschwundenen jungen Freunde dieser Tage aus Afrika an seine Eltern in Essen schrieb. Es handelt sich um den Medizin-Studenten Erich Brenken, den Sohn eines früher in Essen wohnhaft gewesenen Privatschuldirektors. Der junge Mann ist von Hattingen aus in die Fremdenlegion verschleppt worden und hat erst seit Monaten erhalten, an seine Eltern geschrieben zu dürfen. Die Eltern vermuten, daß der damals verfügbare Auslöser im Hattinger Stadtwald mit der späteren Entführung zusammenhängt. Von den andern Vermissten steht noch jede Spur.

### Was schenke ich?

eine Kamera, Radiogerät oder Fernglas von  
**PHOTO-BRILLEN-BOHR** kostetlos!

Hannoverstr. 14, am Bismarckdenkmal

